

# SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

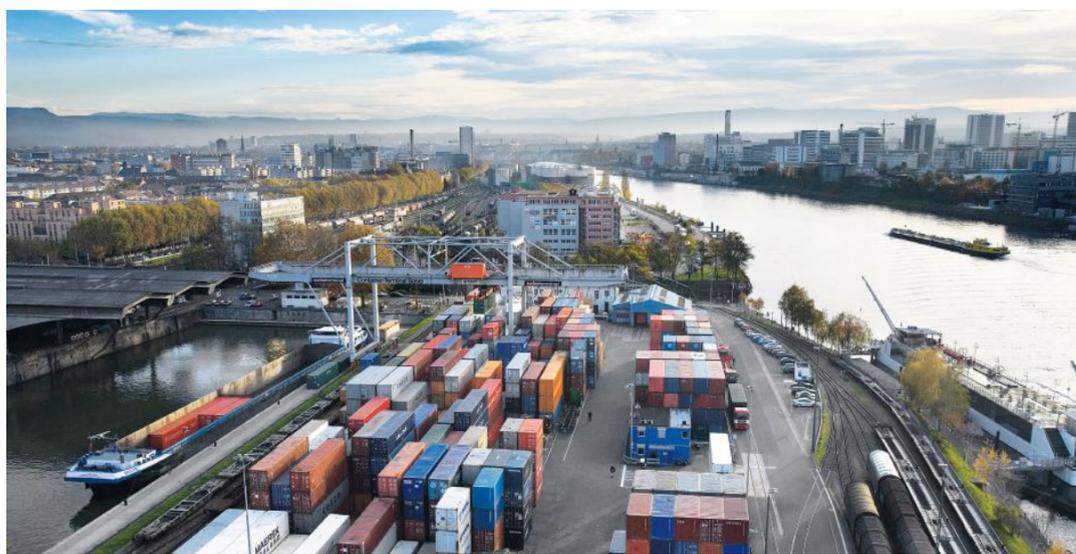
DIE ZEITUNG FÜR KMU

AZA 3001 Bern

VERSORGUNGSSICHERHEIT - Der sgv fordert eine viel aktivere Unterstützung durch die Politik.

## Rohstoffpolitik vernetzen

Als Teil der globalen Wertschöpfungskette haben Schweizer KMU grösstes Interesse an einer aktiven Rohstoffpolitik unseres Landes. Mit seinen Eckpunkten für eine interdisziplinäre Rohstoffpolitik, welche der sgv diese Woche in Bern präsentierte, fordert der Schweizerische Gewerbeverband, dass die Politik die Versorgungssicherheit der Schweiz mit Rohstoffen aktiv unterstützt. Dies unter anderem dadurch, dass sie die Schweizer Entwicklungshilfe an einen privilegierten Zugang zu Rohstoffvorkommen koppelt. «Als Binnenland und Sitz global tätiger Unternehmen und Branchen ist die Schweiz auf eine sichere internationale Versorgungsstruktur angewiesen», sagte sgv-Vizepräsident Dino Venezia vor den Medien. Schweizer KMU, oft hoch spezialisierte Nischenakteure, nähmen einen ganz besonderen Platz in der globalen Wertschöpfungskette ein; sei diese irgendwo unterbrochen, wirke sich dies unmittelbar auf die Schweizer KMU-Wirtschaft aus. «Erdöl, Erdgas sowie praktisch alle Ausgangsstoffe der pharmazeutischen und agrochemischen Produktion etwa müssen zu 100 Prozent, gefertigte Heilmittel zu 70 Prozent und Nahrungsmittel zu 40 Prozent im Ausland erworben werden», so Venezia weiter. So würden täglich über 100 000 Tonnen Rohstoffe, Energieträger, Lebens- und Futter-



Blick auf den Basler Container-Terminal: Täglich werden mehr als 100 000 Tonnen Rohstoffe, Energieträger, Lebens- und Futtermittel sowie industrielle Halb- und Fertigprodukte in die Schweiz importiert.

mittel sowie industrielle Halb- und Fertigprodukte in die Schweiz importiert.

### Früherkennung der Bedürfnisse

Nach Ansicht des sgv braucht die Schweiz daher eine interdisziplinär ausgerichtete Rohstoffstrategie, welche frühzeitig die Bedürfnisse der Schweizer Unternehmen ebenso wie die grösseren geostrategischen Veränderungen erkennt und sachgemäss darauf reagiert. «Ziel einer solchen

Rohstoffpolitik ist nicht bloss die sichere und stetige Versorgung der Schweiz mit Rohstoffen zu Marktpreisen», hielt sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler fest. «Eine aktive Rohstoffpolitik muss darüber hinaus Rahmenbedingungen für die Versorgungssicherheit der Schweiz mit Rohstoffen schaffen.» Dabei gehe es einerseits um den Schutz und die Nutzung des eigenen Rohstoffpotenzials, andererseits um die Sicherung des Zugriffs auf das Potenzial von Drittstaaten.

Ferner gehört eine Erhöhung der Rohstoff- und Materialeffizienz aus Sicht des sgv zu den relevanten Zielen. Dem Aspekt der Nichterneuerbarkeit mineralischer Rohstoffe sei durch Recycling und Substitution umfassend Rechnung zu tragen. Die Rohstoffpolitik weise somit verschiedene Schnittstellen mit anderen Politikbereichen auf, so etwa mit der Wirtschaftspolitik, der Entwicklungspolitik und der Aussenpolitik.

SEITE 4

PRÄVENTIONSGESETZ - Dringender Appell an den Nationalrat, dem Ständerat zu folgen und diese überflüssige neue Regulierung nächsten Dienstag zu versenken.

## Im Zweifel für die Freiheit

An der jüngsten Delegiertenversammlung vom 11. Februar hat die FDP.Die Liberalen die Resolution «Das liberale Original» verabschiedet. Da steht es schwarz auf weiss: «Im Zweifel für die Wahlfreiheit des Einzelnen statt für Verbote. Im Zweifel für die Eigenverantwortung statt für neue Gesetze, Staatsausgaben, Schulden und Steuern. Im Zweifel für die Freiheit.» Dem kann ich als überzeugter Liberaler zu 100 Prozent zustimmen, und sicher hätte auch der französische Philosoph Charles de Montesquieu seine helle Freude an dieser Resolution gehabt, denn von ihm stammt mein Lieblingszitat: «Wenn es nicht unbedingt nötig ist, ein neues Gesetz zu schaffen, ist es unbedingt nötig, kein neues Gesetz zu schaffen.»

### Flagge zeigen

Ein erster Test, ob die Resolution kein blosses Lippenbekenntnis ist, folgt

am 6. März im Nationalrat, wenn es darum geht, für oder gegen das Präventionsgesetz Stellung zu beziehen. Alles andere als eine Ablehnung dieser unnötigen Regulierung wäre unverständlich. Für all jene, die sich für eine liberale, auf dem Föderalismus und dem Subsidiaritätsprinzip beruhende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzen und die Selbstbestimmung der mündigen Bürgerinnen und Bürger respektieren, gibt es nur eine Antwort: Nein, und zwar ohne Wenn und Aber.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv und die aus namhaften 23 Organisationen bestehende Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik AWMP haben den Nationalrat heute eindringlich dazu aufgerufen, das neue Präventionsgesetz abzulehnen. Insbesondere jene Mitglieder der FDP. Die-Liberalen-Fraktion, die am 12. April 2011 noch

zugestimmt haben, sollten jetzt Flagge zeigen und dem Ständerat folgen. Die Tatsache, dass der für das Präventionsgesetz verantwortliche Bundesrat nicht mehr Didier Burkhalter, sondern Alain Berset heisst, sollte diesen Schritt erleichtern.

### Völlig überflüssiges Gesetz

Weshalb das dezidierte Nein des sgv gegen das neue Präventionsgesetz? Die Antwort ist einfach: Die heutigen Gesetzesgrundlagen sind für eine angemessene und auf Risikogruppen ausgerichtete Präventionspolitik völlig ausreichend. Zusätzlichen staatlichen Interventionismus und neue flächendeckende Vorschriften braucht es nicht. Angesichts des im internationalen Vergleich guten Gesundheitszustandes der Bevölkerung dürfen die bisherigen Anstrengungen der Kantone im Bereich der Prävention als sinnvoll, verhältnismässig und ausrei-

chend beurteilt werden. Eine zentralistische Lösung, welche die kantonalen Anstrengungen gefährdet oder gar lähmt, ist nicht nur überflüssig, sondern auch kontraproduktiv.

Die ablehnende Haltung des sgv erhält durch die schwierige Wirtschaftslage und die Frankenstärke noch zusätzlichen Auftrieb: Sowohl die finanzielle Entlastung der Betriebe wie auch eine möglichst weitgehende, alle Bereiche umfassende Deregulierung sind noch dringender geworden. Und schliesslich sollte sich die neue Führung des EDI auf die schergewichtigen Kerngeschäfte konzentrieren und die beschränkten Ressourcen nicht auf Nebenkriegsschauplätze wie das Präventionsgesetz verschwenden. Weniger ist manchmal mehr, in diesem Falle aber sicher sehr viel mehr.

Hans-Ulrich Bigler, sgv-Direktor

### ARBEITEGEBER UND IV

#### Gemeinsame Kampagne für die Eingliederung

Die 6. IV-Revision macht es dank diverser Beihilfen für die Wirtschaft interessanter, gesundheitlich beeinträchtigte Menschen anzustellen. Die KMU haben die Wiedereingliederung Behinderter allerdings nicht erst jetzt entdeckt. Trotzdem macht der sgv bei einer Informationskampagne mit.

BERICHTE SEITE 5



### INHALT

GÜTERTRANSPORT - Astag-Präsident Adrian Amstutz (Bild) will den Abschied von Illusionen. SEITE 2



KONJUNKTUR - Das KMU-Barometer von UBS und sgv zeigt erstmals ernsthafte Probleme an. SEITE 11



UNTERNEHMERREISE - Einblicke in Chinas boomende Wirtschaft für Schweizer KMU-Chefs. SEITE 20

